Frankreich vor dem Erdrutsch

Autor(en): **Scheuer, Georg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 1

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338641

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Georg Scheuer

Frankreich vor dem Erdrutsch

Die ersten französischen Parlamentswahlen seit de Gaulles Tod sind für Anfang 1973 vorgesehen. Man rechnet mit einer harten Kraftprobe, bei der es voraussichtlich nicht nur um die Mandatsverteilung in der Nationalversammlung, sondern auch um das weitere Schicksal des gaullistischen Regimes geht. Ein Überblick über die Entwicklung der innenpolitischen Kräfte Frankreichs gibt teilweisen Aufschluss für die weiteren Perspektiven.

Drei Kräfte ringen um die Entscheidung: der konservativ-gaullistische Rechtsblock, die Linksunion und das Zentrum. Der Abstand zwischen dem jetzt regierenden Rechtsblock und den Linksparteien betrug in den letzten Parlamentswahlen (Juni 1968) nur vier Prozent. Nach einer halboffiziellen Meinungsumfrage, die im «Figaro» (konservativ) veröffentlicht wurde, erklärten sich Ende 1972 nur noch 38 Prozent für die Rechtsparteien (1968 waren es 46,39 Prozent), 45 Prozent für die Linksunion (bei den letzten Wahlen 42,38 Prozent) und 15 Prozent für das Zentrum. Die Linksunion hatte somit erstmalig einen Vorsprung von 7 Prozent.

Im Vergleich zu den letzten Wahlen wären diese prozentualen Verschiebungen erheblich und könnten bei dem besonderen französischen Wahlsystem zu Überraschungen führen.

Zweischneidiges Wahlsystem

De Gaulle liess nach seiner Machtergreifung ein neues Wahlsystem einführen, nach welchem das Parlament nicht mehr wie in der 3. und 4. Republik nach dem Verhältniswahlrecht, sondern nach einem «Mehrheitswahlrecht» gewählt wird. In jedem Wahlkreis kann jetzt nur noch ein Abgeordneter gewählt werden, entweder mit absoluter Mehrheit in einem ersten Wahlgang – dies ist nur in wenigen Fällen möglich – oder mit relativer Mehrheit im zweiten Wahlgang, wobei dann die meisten anderen Kandidaten sich zurückziehen und den Kandidaten mit den grössten Chancen unterstützen. Auf diese Weise sollten die kleineren, aber auch die mittelgrossen Parteien der demokratischen Linken und Mitte ausgeschaltet oder zu Zusammenschlüssen gezwungen werden.

Praktisch sollte es nach gaullistischer Berechnung zu Stichwahlen zwischen dem Kandidaten der Kommunisten und dem gemeinsamen Kandidaten der Gaullisten und Konservativen kommen. Vor solche Wahl gestellt, sollten sich die Franzosen in den meisten Fällen für den Konservativen entscheiden.

Soweit de Gaulles Kalkül, das tatsächlich zu seinen Lebzeiten fast immer aufging. Da die Parteien der Linken und Mitte gespalten waren und

die Gaullisten und Konservativen zumeist schon im ersten Wahlgang, jedenfalls aber in der Stichwahl Listenverbindungen eingingen, kam eine gaullistisch-konservative Mehrheit zustande. Mit wenigen Prozenten Vorsprung vor den Linksparteien erzielte der Rechtsblock eine absolute Mehrheit von 75 Prozent im Parlament!

Eine Umkehrung der Wahltaktik – beispielsweise eine Spaltung des gaullistisch-konservativen Lagers, jedoch wahltaktische Abkommen der Links- und Mittelparteien – könnte aber bei ähnlicher Stimmenzahl zu entgegengesetzten Ergebnissen führen. Dies ist die Kehrseite des von de Gaulle eingeführten Wahlsystems.

Der konservative Rechtsblock (Pompidou, Giscard d'Estaing, Duhamel)

Der konservative Rechtsblock besteht aus drei Parteien:

1. Die gaullistische UDR unter der Führung des Staatspräsidenten Georges Pompidou und des Premierministers Pierre Messmer;
2. Die «Républicains Indépendants» (RI) unter dem Vorsitz des Wirtschafts- und Finanzministers Valéry Giscard d'Estaing;
3. Der rechte Flügel des Zentrums (CDP = Centre Démocratie et Progrès) unter der Leitung des Kulturministers Jacques Duhamel.

Keine dieser drei derzeit in einer Koalitionsregierung sitzenden Parteien will als Rechtspartei gelten. Jede von ihnen behauptet, in der Mitte zu stehen oder sogar zur linken Mitte zu neigen. Die UDR bemüht sich, die in Frankreich verpönte Etikette einer Rechtspartei den RI zuzuschieben, diese bezeichnen sich in der gegenwärtigen Wahlkampagne plötzlich als Zentrumspartei und bemühen sich tatsächlich mit dem in Opposition stehenden linken Flügel des Zentrums Verbindungen herzustellen.

Wahlziel des Bürgerblocks ist es, weiterhin die «Majorité» (Mehrheit) zu stellen. Innerhalb der Koalition will die UDR weiterhin «die Mehrheit in der Mehrheit» sein.

Hingegen bemühen sich die RI, ihrerseits zur führenden Kraft der konservativen Koalition zu werden. Sie haben zu diesem Zweck Ende November ein eigenes Wahlprogramm veröffentlicht, mit liberalen und zum Teil linksklingenden Parolen. RI-Generalsekretär Michel Poniatowski kommentierte, seine Partei stehe näher bei Servan-Schreibers linkem Zentrum als beim rechtsgaullistischen Verteidigungsminister Michel Debré.

Im konservativen Block erhielt die UDR in den letzten Parlamentswahlen 40 Prozent. Laut Meinungsumfrage Ende 1972 kann sie nur noch mit 20 Prozent rechnen. Die RI erhielten 1968 gemeinsam mit dem CDP 4 Prozent, jetzt beansprucht allein die RI-Gruppe 15 Prozent und das CDP 3 Prozent. Während also bisher innerhalb des Rechtsblocks die UDR bei weitem überwog, beanspruchen die beiden nichtgaullistischen Bürgerblockparteien jetzt fast die Hälfte der konservativen Stimmen und damit auch der Mandate, was ihnen aber von der UDR nur mit Wiederstreben zugebilligt wird. Die Folge davon ist, dass sich die drei Parteien diesmal

in einer Reihe von Wahlkreisen nicht auf gemeinsame Kandidaten einigen konnten und dass in anderen Wahlkreisen der gemeinsame Kandidat nicht mehr von der UDR, sondern von den RI gestellt wird.

Vermerkt werden muss noch, dass die Rechtsextremen (unter ihnen frühere Anhänger von Marschall Pétain und unversöhnte Algerienfranzosen) diesmal wieder selbständig kandidieren, als «Front National». Sie können mit zwei bis vier Prozent rechnen. Offen steht, ob sie in der Stichwahl den konservativen Bürgerblockkandidaten unterstützen werden.

Die Linksunion (Mitterrand, Marchais, Fabre)

Auch die Linksunion besteht aus drei Parteien: die Sozialistische Partei (PS) unter der Führung von François Mitterrand, die KPF mit dem amtierenden Generalsekretär Georges Marchais und der zu einer neuen Partei konstituierte linke Flügel der Radikalen (Liberalen) unter dem Vorsitz von Robert Fabre.

Laut Meinungsumfrage Ende 1972 erklären sich 22 Prozent der französischen Wähler für Sozialisten und Radikale (die in den meisten Wahlkreisen schon im ersten Wahlgang gemeinsam kandidieren) und 21 Prozent für die KPF. Erst im zweiten Wahlgang wollen alle drei Parteien Stimmen auf den am besten liegenden Linkskandidaten vereinigen.

Auch die beiden grossen französischen Gewerkschaftsorganisationen, die unter kommunistischem Einfluss stehende CGT und der linksdemokratische Gewerkschaftsbund CFDT unterstützen die Kandidaten der Linksunion, jedoch mit Vorbehalten. Beide erklärten – die CFDT noch stärker als die CGT –, dass auch unter einer Linksregierung« der Klassenkampf weitergeht».

Die linkssozialistische PSU und die «Ligue Communiste» (Trotzkisten) beschlossen auf getrennten Parteitagen im Dezember 1972 gleichfalls Unterstützung der Linkskandidaten im zweiten Wahlgang, bei gleichzeitiger Kritik des «reformistischen» Regierungsprogramms der Linksunion und Betonung «revolutionärer» Perspektiven. Nur eine Minderheit dieser beiden linksextremen Organisationen empfiehlt Urnenboykott.

Der PSU-Vorsitzende Michel Rocard, Parlamentsabgeordneter des Wahlkreises Versailles, erhielt als Kandidat in der Staatspräsidentenwahl 1969 im ersten Wahlgang 3,61 Prozent, der Trotzkist Krivine bei gleicher Gelegenheit 1,06 Prozent.

Diese Prozente könnten sich also, ebenso wie auf der anderen Seite die Empfehlung der rechtsextremen «Front National» für den konservativen Block, in der Stichwahl auswirken.

Wahlziel der Linksunion ist die Erringung der parlamentarischen Mehrheit zwecks Bildung einer Regierung bestehend aus den drei Linksparteien, die im Frühling 1972 das «gemeinsame Regierungsprogramm» unterzeichnet haben. Die Linksregierung könnte – nach Erklärungen von Mitterrand, Fabre und auch Marchais (im November 1972 in der Londoner «Times»)

– gegebenenfalls zur Links-Mitte hin erweitert werden, wenn die wesentlichen Punkte des gemeinsamen Regierungsprogramms dadurch nicht in Frage gestellt werden.

Führende Kraft der Linksunion ist die PS. Im Falle eines Wahlsieges wäre Mitterrand Kandidat für den Posten des Premierministers.

Die KPF hat auf dieses Amt und überhaupt auf «übertriebene Forderungen» von vornherein verzichtet. Regierungsbeteiligung von Kommunisten wurde nach einer amtlichen Meinungsumfrage Ende 1972 von 59 Prozent der Befragten akzeptiert, unter der Voraussetzung, dass es sich um keine Schlüsselministerien handelt (Aussenamt, Innenministerium, Landesverteidigung). Ein Präzedenzfall: De Gaulle betraute nach dem Zweiten Weltkrieg Kommunisten mit den Ministerien für Zivilluftfahrt, Rüstungsproduktion und Volkswirtschaft.

Die Zentrumsunion der «Reformer»
(Jean Lecanuet, Jean-Jacques Servan-Schreiber)
besteht hauptsächlich aus dem Centre Démocrate (CD) unter der Führung des Senators und Bürgermeisters von Rouen, Jean Lecanuet und dem rechten Flügel der Radikalen Partei unter dem Vorsitz von Jean-Jacques Servan-Schreiber (JJ-SS). Kleinere Gruppen und Splitterparteien haben sich der Zentrumsunion angeschlossen. Neben Lecanuet und JJ-SS erscheint als «Dritter im Bund» der frühere gaullistische Minister Jeanneney, Autor des Regional-Reformplans über den General de Gaulle im Volksentscheid des April 1969 stürzte. Jeanneney setzt sich jetzt die Aufgabe, abtrünnige Gaullisten für die Zentrumsunion zu gewinnen.

Wahlziel der Zentrumsunion ist es, sowohl eine Fortsetzung der bisherigen gaullistisch-konservativen Mehrheit als auch das Zustandekommen einer Volksfrontregierung zu verhindern. Das Zentrum erstrebt zunächst eine entsprechende Schwächung des Rechtsblocks, um eine arithmetische und politische Verlagerung zur Mitte zu erzwingen. JJ-SS und Lecanuet wären in diesem Fall bereit, mit dem linksliberalen Flügel der UDR (Edgar Faure) eine Zentrumsregierung zu bilden, für die sie auch einen Teil der Sozialisten zu gewinnen hoffen. Ausgeschlossen werden sollen einerseits die KPF und andererseits die Rechtsgaullisten und Rechtskonservativen.

Die Wahlplattform der Zentrumsunion macht «Anleihen» aus dem Programm der Linksunion, so die Forderung nach einem Mindestlohn von 1000 Francs, Pension ab 60 und andere Sozialmassnahmen. Abgelehnt werden jedoch neue Verstaatlichungen.

Perspektiven

Die französischen Wahlen 1973 werden also voraussichtlich eine neue parlamentarische Mehrheit ergeben. Ins Auge gefasst werden dabei sowohl Verschiebungen im konservativen Block auf Kosten der UDR und zu-

gunsten der Mitte als auch ein Wahlerfolg der Linkparteien. Offen steht, wie Präsident Pompidou auf einen Linkssieg reagiert, den er bis jetzt mit Verfassungskonflikt und Staatskrise gleichsetzt. Tatsächlich wurde die gegenwärtige französische Verfassung auf de Gaulles Persönlichkeit zugeschnitten und erwies sich schon zu Lebzeiten des Generals als gefährlich und widerspruchsvoll. Die herkömmliche parlamentarische Demokratie wurde abgeschafft, aber keine eigentliche «Präsidialdemokratie» eingeführt. Zum Unterschied von den USA fallen in Frankreich Parlaments- und Präsidentenwahlen zeitlich nicht zusammen. Die Kammer wird alle vier Jahre neu gewählt, der Staatspräsident vom Volk für sieben Jahre. Differenzen und Konflikte zwischen Elysée und Nationalversammlung werden nahezu unvermeidlich, wenn sich das Wählervolk für eine neue parlamentarische Mehrheit entscheidet.

Man weiss, dass Pompidou so weit und so lang wie möglich die konservativen Kräfte begünstigen und im Fall eines Linkssieges eventuell nochmalige Parlamentswahlen ausschreiben will. Ausserdem verbleiben dem Präsidenten laut Verfassung besondere Mittel und Wege, wie die Ausschreibung von Volksentscheiden oder die Anwendung des Artikels 16, um die Auswirkungen eines eventuellen Wahlsieges der Linken und der Mitte zu dämpfen oder zu neutralisieren. Im Interesse Frankreichs dürfte er aber letzten Endes rechtzeitig eine taktische Schwenkung vornehmen, um unvermeidliche politische Änderungen auf friedlichem Wege zu ermöglichen.

Ein halbes Jahrhundert von Experimenten in den Ländern Osteuropas zeigt *allerdings die Gefahren eines Systems für den Sozialismus, das den Kapitalismus durch den Staat ersetzen zu können glaubt, ohne die Situation in den Betrieben zu verändern.* Das gilt für die Verfügung über Kontrolle, Entscheidungsgewalt und Leitung auf Betriebsebene. Eine verstaatlichte Wirtschaft, welche ausschliesslich einem zentral erstellten Plan unterworfen ist und von einer Bürokratie beherrscht wird, die ihrerseits den Direktiven einer Einheitspartei gehorcht, korrespondiert mit der Unterdrückung der politischen Freiheit und der Fortdauer nationalistischer Bewegungen. In Jugoslawien hat diese zur Trennung vom sowjetischen Block und in der Tschechoslowakei zur Suche nach einem eigenständigen Weg geführt, der sogleich verboten wurde.

Aus dem Programmentwurf
der Sozialistischen Partei Frankreichs
(veröffentlicht in «Neues Forum»)